

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 1

Artikel: Zwei Jahre nach dem Fall der Mauer
Autor: Winzeler, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwei Jahre nach dem Fall der Mauer

Peter Winzeler, unseren Leserinnen und Lesern bekannt durch seine weit- und scharfsichtigen Kommentare über die DDR vor und nach deren Untergang, hat am 23. März 1991 bei der Religiös-sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz ein Referat gehalten, das den Titel trug: «Im Jahr 2 nach dem Fall der Mauer». Das damalige Referat wurde vom Verfasser «nach jüngsten Eindrücken am 9. November 1991» zum vorliegenden Text überarbeitet. Anknüpfend an seine «Seldwyla-Briefe» für die Neuen Wege, setzt sich unser Freund mit dem Zynismus eines Systems auseinander, das im «Beitrittsgebiet» Menschen wie «Altlasten» abschreibt, während es Sachwerte ins Unermessliche steigert. Warum das Projekt «Sozialismus» in der DDR nicht gelungen ist, hat ideologische wie polit-ökonomische Ursachen, die der Autor in seiner Trauerarbeit benennt. Mit ihm sind wir der Meinung: «Ein <dritter Weg> wäre gangbar gewesen!» Ja, nicht nur gangbar, sondern notwendig, wie eine kommende Generation rückblickend auf Verelendung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in der ehemaligen DDR und in den Staaten Ostmitteleuropas erkennen wird. Red.

Eine humane «Altlast» ohne Lebensperspektive

Der grosse Michel hat den kleinen Bruder «DDR» böse aufs Kreuz gelegt. Die Mauer ist weg, aber sozial grösser denn je. Die Medien verbreiten gedämpften Optimismus, aber rund die Hälfte der Erwerbsfähigen des «Beitrittsgebietes» sind ohne Arbeit oder stehen vor der «Abwicklung» (Kündigung unter Verlust der erworbenen Rechte): eine humane «Altlast» ohne Lebensperspektive. Die Wirkung des «Anschlusses» wird darum mit der *Neutronenbombe* verglichen: Sachwerte überdauern, Immobilien erfahren eine groteske Wertsteigerung, aber die abgeschriebenen Menschen drohen psychisch und physisch zu krepieren. Viele liessen sich Lebensversicherungen und Wucherkredite aufschwätzen, aber die Milliarden, die Bonn bereitgestellt hat, wurden zum «Marshall-Plan» für sprungbereite westliche Unternehmen. Die juristische Anarchie in der Rückeroberung des Privateigentums ist ohne Beispiel. Auch Rentner werden diesen Winter auf die Strasse geworfen. Die Mieten haben sich verfünffacht, aber nur wenige beantragen das knappe «Wohngeld» – aus Scham und Unkenntnis im Papierkrieg mit der Fülle der Paragraphen und den überforderten Behörden.

Wer im Rausch die Befreiung vom «Bevormundungsstaat» erhoffte, erlebt ein

blaues Wunder. Die Künstler, Reformpolitiker und «runden Tische», die die Wende ermöglichten, sind in der Versenkung verschwunden; dafür besetzen hochbezahlte (und ahnungslose) westliche Manager, Richter, Professoren und Prämienjäger die Ämter. Und wer nicht den letzten «Job» verlieren will, beteuert den neuen Herren Gesinnungsprüfern seine Dankbarkeit und Lernbegierde (unter möglichster Verleugnung der eigenen Vergangenheit und seiner bisherigen Überzeugungen). Es ist kein Wunder, wenn massenhafte soziale Proteste sich erst zaghaft anmelden und sich die *Frustration* in Pogromen Jugendlicher (und nicht nur im Osten!) entlädt. Abends getraut man sich nicht auf die Strasse und verriegelt die Türen, wie es früher nie der Fall war. Die Grossbaustelle «Berlin» wird so zum Pulverfass der nationalen Grobklotzigkeit und des *Fremdenhasses*. Die Lage weiter östlich ist noch viel weniger stabil und lädt förmlich zur Ausbildung einer «Eingreiftruppe» ein: Die Migrationsbewegungen des freien Arbeitsmarktes sollen gewaltsam unterbunden werden. Doch immer nochmals wird der realsozialistische «Antifaschismus» zur Erklärung der vom Markt gerufenen Ungeister des Neofaschismus bemüht.

Nun sind auch harte Fakten von Wahrnehmungen (oder Apperzeptionsverweigerungen), Vorurteilen und Theorien abhängig, die sich Menschen von ihrer Lebenswelt ma-

chen. Niemand kann das Ganze und die Zukunft überschauen, darum scheint es mir wichtig, auch von den *eigenen Vor-Urteilen* zu sprechen bzw. die Voraussetzungen zu benennen, die mein Urteil über die DDR – in den Seldwyla-Briefen – bestimmten. Wie sollte ich es leugnen: Als «68er» gehen mir die Hoffnungen und Enttäuschungen der «89er» nahe. Nur aus der Erfahrung und Erinnerung dieses gemeinsamen «Scheiterns» lässt sich vielleicht eine Zukunft für die an sich zukunftslose Gegenwart gewinnen.

Karl Barth und Karl Marx – zur deutschen Teilung

1. Die erste Voraussetzung bleibt eine theologische, gilt es doch die *toten Dinge beim Namen* zu nennen und sich ideologisch, politisch nicht blenden zu lassen – «nicht sei dir andere Gottheit mir ins Angesicht!» (Ex. 20,2). Von daher – mit Karl Barth und der *Barmer Erklärung 1934*, die sich nach 1945 kaum durchgesetzt hatte – stand ich in einem überaus kritischen Verhältnis zu den Kirchen beider deutscher Staaten. Und deren «Leidensgeschichte» begann für mich nicht 1945, sondern mit den Fehlentscheidungen, die den Nationalsozialismus heraufgeführt hatten (vgl. das Darmstädter Wort 1946). Dieses Kontinuum ist auch «heute» nicht beendet. Am 9. November 1989, als die Mauer fiel, musste ich an die gescheiterte Revolution des demokratischen Sozialismus vom 9. November 1918 und an das Judenpogrom vom 9. November 1938 denken.

Hatte ich Vorbehalte gegen die preussische Art, in der die «Väter» der DDR diese Vergangenheit bewältigten, so noch weit mehr gegen die Bonner Art, diesen «Schadensfall» zu verdrängen. Das andere Deutschland kam mir ähnlich kleinbürgerlich und verkrustet vor wie die Schweiz. Nur meinte ich, es könnten Christen und Christinnen den mühsamen «sozialistischen Gang» (Wolf Biermann) nur kritisieren, wenn sie *Schuld bekennen*, um überhaupt Möglichkeiten eines Dialoges und Bündnisses zu gewinnen, wo eine befreiungstheologische Kritik Gehör finden könnte. Warum konnte die «Kirche im Sozialismus» nicht früher und bekenntnismässig sagen, was konkret sie «in der noch unerlösten Welt der Sünde» mit dem historischen Projekt der

sozialen Gerechtigkeit und des Friedens hätte verbinden müssen (Barmen V) – und warum verleugnet sie heute die peinliche Loyalität, die auch sie dem «Stasi-Regime» bewies? Das *Scheitern des christlich-marxistischen Dialogs* hat seinen Grund jedenfalls nicht nur in der Arroganz der dortigen Staatsmacht und ihrer verknöcherten Orthodoxie.

2. Die zweite Voraussetzung war eine *politökonomische*, hat der Staat doch nach Zwingli die vorrangige Aufgabe, das Recht der «Bedrückten» zu beschirmen. Dabei genoss ich das Privileg an der Freien Universität Berlin, das «Kapital» von Marx nicht als Dogma (nach den Schulbüchern der DDR), sondern im offenen Diskurs zu lesen. «Marxistischer müssten uns die Marxisten (und Leninisten) sein!» War es drüben doch kaum erlaubt, das Instrumentarium des Marxismus auf ihn selber bzw. auf das anzuwenden, was sich da «realer Sozialismus» nannte, zumal die Theorie in der Praxis kaum eine Rolle spielte, wo man mehr wie eine Feuerwehr agierte, die Brände löscht, wo schon das nächste Haus in Flammen steht. Und doch hatte ich mit Zwingli und Marx das gegen die schwärmerische Utopie gemeinsam, dass eine *Sozialisierung des Volkseigentums* (an Produktionsmitteln, Boden und Kapital) *ohne Staatsmacht* bis heute als *unrealisierbar* erscheint, wie alle Experimente der Marktliberalisierung zeigten, die den Reichtum von unten nach oben verteilten. Es war zunehmend die Frage, ob es überhaupt noch eine funktionsfähige Sozialökonomie gebe, die sich gegen den «freien» Weltmarkt und seine technischen Monopole (bzw. gegen die Überrüstung und die terroristischen Kleinkriege) zu behaupten vermöchte, um das Überleben der geplünderten Völker zu sichern.

Der Sozialismus existierte bislang nur im «Armenhaus» – unter ganz *un-marxistischen Bedingungen*: als kriegskommunistische Mangelwirtschaft von Völkern, die kaum eine rechtsstaatliche Demokratie erlebt hatten. Fast jedermann wusste, dass die DDR nicht nur für die Sowjetunion produzierte, sondern – mit dem devisenbringenden «kirchlichen» – auch einen kapitalistischen Import/Exportsektor brauchte und ohne BRD-Hilfen kaum noch zahlungsfähig war. Die Verschuldung erzwang unsinnige *Ex-*

portsubventionen, die zu Lasten der Werk-tätigen und der Umwelt gingen, ein Vorgehen, das analog auch kapitalistische «Schwellenländer» in den Ruin trieb. Wie aber diese Realitäten den Betroffenen be-greifbar machen, wenn die Staatsideologie jede Aufklärung unterband und man kaum korrekte Zahlen erhielt?

Man sah, wie Polen in die Abhängigkeit des IWF geriet und wie die DDR das techno-logische Wettrennen verlor, immer mehr ex-portierte und arbeitete für weniger Geld, wobei die notgedrungen «nachgebaute» Mi-kroelektronik zur gigantischen Fehlinvestiti-on geriet. Dennoch zählte die DDR bis zur (globalen) Schuldenkrise zu den zehn stärk-sten Industrieländern der Erde. Enorme Kulturausgaben wurden getätigt und Ent-wicklungshilfe geleistet. Krankenpflege, Bildung, Arbeit und Mangel waren gerechter verteilt als in Grossbritannien und Brasilien, und jeder Dritte-Welt-Bewohner hätte stau-nend gesagt, dass man doch hatte, was man zum Leben brauchte – und einiges dazu.

3. Keine Theorie taugt ohne den *persönli-chen Erfahrungsaustausch* und Ost-West-Dialog, wie ihn mir die «Niederländische Ökumenische Gemeinde» ermöglichte. Die westliche Ahnungslosigkeit bezüglich des sozialen «Innenlebens» der DDR ist eine Hauptursache des jetzt gefahrenen Crash-Kurses. Da gab es wohl Grenzschikanen, und wir mussten uns Klagen der «Schwe- stern und Brüder» anhören; aber immer war ich froh, unsere Welt einmal von der anderen Seite des «Schutzwalles» ansehen zu kön-nen. Es gab die seltsam verkehrten Situa-tionen, wo wir aus dem «reichen» Westen versuchten, den «Ossis» ihr Gefängnis zu erklären, da wir im real existierenden Marktkapitalismus so viel «freier» nicht wären, auch bespitzelt, entlassen oder ge-knüpelt würden. Dass die Behörden über unsere Zusammenkünfte informiert sein wollten (und wohl auch Freunde der Stasi berichteten), hat aber unsere Freiheit nie gehindert, über die Konflikte zu reden und die Zwänge und Freiräume und Rechte zu erkunden, wobei man etliches erreichen konnte, wenn man etwas Zivilcourage bes-sass, als Pfarrer zum Bürgermeister oder zum Schulvorstand ging, die Berüh-rungsängste und das Ressentiment so vieler Christen überwand.

Man stand in *Gefahr, auch Unverzeihli-ches zu «rechtfertigen»*. Doch konnte ich dieses System nie mit Hitlers «totalem Staat» (des geplanten Verbrechens) verglei-chen, sondern weit eher mit dem *Katholi-zismus*, der heute oft weniger Meinungsfrei-heit in Redaktionen und Schulstuben zu-lässt. Die moralische Verantwortlichkeit für das «Stasi-Regime» möchte ich darum nicht abstrakt diskutieren, solange es im Westen unmöglich ist, alte Edelnazis, Geheimdien-ste, Staatsterroristen und Wirtschaftskrimi-nelle vor den Richter zu ziehen – will man nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen.

4. Die *wichtigste Grundlage* aber war die *Ökumene*: im globalen Zusammenhang der Grosskonzerne und des ungleichen Tauschs, der die armen Völker ihrer Existenz beraubt. Man konnte das sozialistische «Schwellen-land» DDR unmöglich mit der Reklame der BRD vergleichen, weil imperialistische Zentren ihre Finanzprobleme und Umwelt-schäden in alle Welt auslagern. Die DDR hätte 1968 vielleicht die Möglichkeit ge-habt, die hohe Schwelle zu mehr eigenver-antwortlichem und genossenschaftlichem Eigentum, zu mehr Bürgerrechten und einer klaren Gewaltenteilung zu nehmen – wenn die westöstliche Konfrontationspolitik dazu Raum gelassen hätte. Man sah aber, was die marktökonomische «Strukturanpassung» in Chile anrichtete, und konnte sich 1989 nur im Wahn erträumen, die DDR könnte bald Schweden einholen; die von der Opposition gelobten «vier Tiger» Südostasiens haben Frauen wie Sklavinnen verbraucht, um sie billig für uns arbeiten zu lassen.

Dagegen gab es im Staatssozialismus zwar – wie überall – *Fehlplanungen*, Be-vormundung, Korruption und schuldhaftes Versagen. Viele empfanden es als demüti-gend, wenn sprichwörtlich auch das Fahrrad und die Jeans nochmals erfunden werden mussten, statt das man die Phantasie zu ei-genen Innovationen beflügelte. Wie kommt es, dass fertige Pläne für einen attraktiven und umweltfreundlichen Trabant, der zum Exportschlager hätte werden können, vernachlässigt wurden? Jetzt wird er als «Swatchmobil» das Rennen machen. Die «einheitliche» Wirtschafts- und Sozialpoli-tik suchte – mit den verfügbaren Ressourcen – das Volk vor dem Ausverkauf zu schützen, die Schwachen und gerade auch Frauen zu

fördern und die Lebens- und Bildungschancen solidarisch zu verteilen. Auch in der Integration von Straffälligen oder Behinderten am Arbeitsplatz wurde Erstaunliches – heute Undenkbares – geleistet.

«Ineffizienz» wirft man dem System heute vor. Doch marktökonomische Leistungsanreize können bestenfalls ein Mittel, nie das höchste Gut und einzige Regulativ sein – die fällige Anhebung der Mieten sprengt heute jeden finanzierbaren Rahmen. Christen, die vom «unfreien Willen» wissen und dem westlichen Opferkult misstrauen, können also nicht zuerst soviel Markt wie möglich und zweitens nach finanziellem Ausgleich verlangen, sondern müssen die sozialökonomische Vorrangsregel biblisch umkehren: *Gerechtigkeit und Partizipation* sind *unabdingbar*, weil für die Armen überlebensnotwendig, aber der Markt nur, wo er zuträglich ist.

Man konnte dann einwenden, dass die DDR auch diesen Kriterien nicht entsprach, dass es zuviel Raubbau und Verschwendung, Funktionärs- und Reiseprivilegien gab, dass die Mitbestimmung in den Betrieben illusionär blieb und man von einer «Gleichstellung» der Frauen in Haushalt und Politik, die das Männerverhalten geändert hätte, noch weit entfernt war. Der grösste Fehler war, dass man nicht alle Jungbürger und Jungbürgerinnen für ein, zwei Jahre ins Ausland schickte. Aber im Vergleich zur Entmündigung, die jetzt hereinbricht, sind das «Peanuts». Jetzt hat man mehr «Freiheiten», nur nicht die, sie zu nutzen.

Von der Befreiung zur Kolonisation

Als westlicher Beobachter ziehe ich folgende Schlüsse: Das *Scheitern* des Realsozialismus war *vom Westen mitverursacht* bzw. gewollt und liegt zum geringsten Teil in der Schuld engagierter Sozialisten und Christen. Der notwendige demokratische Aufbruch, der die Wende ermöglichte, wird darum unvergesslich und nicht ohne Nachwirkung bleiben. Aber das Anschluss-Begehren an die Zentren des «Wohlstandes» hat sich bitter gerächt. Karl Marx wurde damit nicht «widerlegt» – nur ignoriert. Die Amtskirche hat nicht erkannt, dass das Volk – nach 40 Jahren in der Wüste – nicht einfach rechts-umkehrt machen und nach Ägypten umkeh-

ren kann. Auch mit den Fleischtöpfen der EG wird die DDR kaum den Anschluss schaffen, geschweige denn Osteuropa und die Sowjetunion, droht doch die *Latein-amerikanisierung und Balkanisierung* – mit einer unglaublichen Brutalität der Zerschlagung alles dessen, was noch irgend an die sozialistische Verfassung erinnern könnte. Getilgte Strassennamen und Denkmäler sind nur ein Symptom.

Wurde der «Putsch» in Moskau spektakulär vereitelt, nimmt die Kolonisierung des wilden Ostens umso geräuschloser ihren Gang. Was als «Modernisierung» eines maroden Systems der «verdeckten Arbeitslosigkeit» verkauft wird, gibt gewachsene soziale Beziehungen und Organismen der anonymen Vermarktung preis, die kaum noch Träger des Rechtes kennt. Man muss wieder *Franz Fanon* lesen, um zu ermessen, was das für die Psyche der Einzelnen bedeutet, die jetzt alle Schuld bei sich selber suchen. Frauen erleben, wie alles, was sie können und sagen, nichts mehr wert ist und gilt. Volle Regale sind wenig tröstlich, wenn Existenzangst, Drogen, Krankheit und Gewalt der Preis der neuen «Freiheit» sind.

Demütigend war es, wie rasch der «friedensfähige» Kapitalismus Steuern nicht zum Wiederaufbau von Dresden und Warschau – sondern für den *Golfkrieg* erhob, während die Dresdener Bank selbstverständlich an den Ort ihres Verbrechens zurückkehrt (und nur Saddam Hussein Kredite stundet). Das Volk begreift allmählich, dass es übertölpelt wurde, der Ost-West-Dialog wird zunehmend bitter und schwierig – es kann ja nicht nur an übernommenen «SED-Seilschaften» liegen, wenn der Aufschwung sich verzieht. Die Zeit läuft ab, wo sich die hauptverantwortliche Bonner Regierung dieses Sündenbockes bedienen kann – und das ist allen klar: In den «neuen Bundesländern» wird die Entscheidung über das neue Gesicht der Bundesrepublik fallen.

Was geht es uns an?

Gab und gibt es denn eine humane *Alternative*? Vieles spricht heute dagegen. Der Mensch ist offenkundig nicht «Herr der Geschichte» – dieser grösste Bluff des Liberalismus und der «Planwirtschaft» ist nun geplatzt. Mit Karl Marx können wir ge-

schichtliche Prozesse besser analysieren, im voraus Chancen und Gefahren erkennen, aber dann mit «Bibel und Zeitung» nur fragen, was uns Menschen *hier und heute zu tun geboten* sei, von keinem Gesetz, sondern vom lebendigen Herrn der Geschichte – im Angesicht der wehrlosen Opfer und ohne letzte Sicherheits-Garantien. Da ist aber jeder nach seiner Verantwortlichkeit gefragt, sowohl die, die das Volk mehr oder minder bewusst betrügen, wie jene, die sich betrügen lassen.

Ein «*dritter Weg*» wäre gangbar gewesen, hätte aber ein vertieftes Verständnis der deutschen Teilung verlangt und den Willen auf allen Seiten, eine für Europa vorbildliche föderale Bundesverfassung zu schaffen. Das brauchte Geduld – wie auch die Vernetzung eines Marktes Jahrzehnte benötigt. Doch wo ein guter Wille ist, ist auch ein Weg («du kannst, denn du sollst!»).

Nach der Anpassungslogik des Marktes fehlte diese Zeit der kommunikativen Vernunft. Mit dem Fall der Mauer verlor die DDR jede Handlungsfreiheit. Bonn sah nur die Gelegenheit zum raschen Hosenlupf, solange Gorbatschow an der Macht war, den es als «nützlichen Idioten» missbrauchte und ruinierte. Doch muss *auch die Schweiz* dafür teuer bezahlen, dürfte dies doch ein Vorspiel für das sein, was viele im gemeinsamen Kapital-Markt erwartet, wenn erst die Währungsunion durchgesetzt wird.

Die EG hat nur zwei Rezepte, der Überschuldung und Verelendung zu wehren, die sich gegenseitig destruieren: Das gewerkschaftliche «*Nachfragemodell*» will Millionen Arbeitsplätze subventionieren und die «Kaufkraft» erhalten, um über den Konsum mehr Investitionen anzureizen – was wachsende Staatsschulden, Zinsen und Steuern zur Folge hat (und den ökologischen Kollaps). So bleibt fraglich, ob das Kapital «gleiche» Löhne und Sozialleistungen zahlen will – und nicht lieber bestehende Produktionsstätten auslastet und erweitert. Man kauft Betriebe auf, nur um sie auszuschlachten, Märkte zu erobern und Hunderttausende zu entlassen.

Da setzt die «monetaristische» *Angebotstheorie* (der NZZ) ein und will die unwilligen «Arbeitgeber» zum Jagen tragen, Löhne tief halten, die Profitrate erhöhen, bürokratische «Investitionshemmnisse» und

Bürgerrechte abbauen, Volkseigentum privatisieren und Kapitalsteuern erlassen, im Wahn, dass soviel «Nachfrage» nach Arbeit entstünde, dass mehr Verbrauchssteuern in die leere Staatskasse fließen. Verzieht sich aber die Naherwartung und schwinden die kaufkräftigen Massen, explodieren nur die Zinsen und Mieten und galoppiert die Inflation (Stagflation). Die Zentralbank wird erst recht das Geld verknappen, Spekulanten werden sich eine goldene Nase verdienen, aber das Gemeinwesen und die Sparkassen gehen bankrott, die Kommunen können die sozialen Mehrausgaben nicht meistern – und die Volkswut wird sich gegen «Asylanten» richten, die in übersteuerten Appartements sitzen. So stürzt sich der Kapitalismus rasant in eine Schuldenentropie, wo die Zweidrittelwelt absäuft, der Osten hungert und bei uns nichts mehr geht, weil Ware nicht mehr zu Geld werden will.

Was sind die Perspektiven?

So hat sich im vereinten Deutschland – mit der «Treuhand» – eine ganz irreguläre, *sich weiter monopolisierende und korrumpierende (mafiose) Markt- und Staatswirtschaft* herausgebildet, die jeder Theorie spottet und die schreiende Notwendigkeit des am konkreten Menschenrecht orientierten partizipatorischen Sozialismus auch den genarrten WählerInnen einpauken wird. Man darf dann eines Tages wieder daran erinnern, dass das sozialistische Experiment nicht ganz umsonst war, es da nicht nur unterdrückte Maulhelden, Kritiker und Utopisten (wie Wolf Biermann), sondern auch schlichte Alltags-Menschen gab, die im Schutz ihrer Kollektive weit besser aufgehoben waren, die in allem «Schlendrian» noch Zeit hatten, gute Bücher zu lesen, Beziehungen zu pflegen, sozial und ökumenisch sich zu engagieren. Die humane Zukunft gehört diesen Menschen, keiner «Kommandowirtschaft» von selbstherrlichen Preisen, Zinsen und Profiten, darum einem demokratisch geregelten und fairen Wettbewerb des privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums in der notwendigen ökonomischen Einheit von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik (Plan und Markt). Was durchaus der Idee von Marx entspräche...